

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

1.8.1924 (No. 178)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
E. H. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärtig frei ins Haus geliefert monatlich 2,50 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenabgabe gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsverkauf der Zeitung und Kontrahieren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Wirtschaftliche Umschau

Die in London zur Debatte stehende Reparationsfrage ist sichtlich noch weit von ihrer Lösung entfernt. Zwar hat der erste Ausschuss der Londoner Konferenz den ersten Teil des neuen französischen Kompromißvorschlags betreffend die Sanktionen angenommen, worin Frankreich im erheblichen Grade nachgab, aber eine Verständigung über die weiteren Teile des Vorschlags, der jetzt den dritten Ausschuss beschäftigt, steht noch aus. Ohne diese aber wird auch die Verständigung über die Sanktionen nicht wirksam werden können. Dabei sei darauf hingewiesen, daß Deutschland vor allem den französischen Vorschlägen über die Einschränkung der Befugnisse des Überweisungsausschusses (Transferkomitee) nicht zustimmen können wird. Die im Damesplan vorgesehenen umfangreichen Befugnisse des Transferkomitees, das die Zahlungen Deutschlands im Hinblick auf die jeweilige Gestaltung seiner Außenhandelsbilanz und die Erhaltung der Stabilität der deutschen Währung einzuschränken oder ganz einzustellen berechtigt sein soll, stellen einen der Hauptpunkte, wenn nicht den Hauptpunkt dar, der für die Annahme des Gutachtens durch Deutschland sprach. Inner Einschränkung dieser Befugnisse wird keine deutsche Regierung und kein deutscher Reichstag zustimmen können. Es zeigt sich somit, daß der Hauptkampf über das Damesgutachten erst bevorsteht. Bleibt Herriot, wie man es in Paris von ihm verlangt, „fest“, dann sind die Aussichten auf eine Lösung der Reparationsfrage gering.

Die dem Reichsfinanzminister nahestehende Berliner „Germania“ hat den Wirtschaftskreis, die in der gegenwärtigen Bedrängnis Verhältnisse fordern, kirchlich zugerufen „Mehr Wirklichkeitsinn!“ und darauf hingewiesen, daß sich das Reich nur dank einmaliger und außerordentlicher Einnahmen bisher über Wasser halten können. Nur durch Fleiß, Sparsamkeit und Einschränkungen werden wir uns wieder emporarbeiten können, denn selbst die ausländischen Kredite, die wir bekommen sollen, müssen wir einmal wieder zurückbezahlen.

Dies ist zu unterstreichen oder auch zu bemerken: Jeder Stand, der seine Not beklagt, und besondere Hilfsmaßnahmen für sich verlangt, darf nicht vergessen, daß seine Not nur ein Ausschnitt aus der allgemeinen Not ist. Die Grenzen der Wirtschaftspolitik des Reichs sind deshalb eng gezogen, ihre Möglichkeiten, was besondere Hilfen für einzelne Stände anlangt, erheblich begrenzt. Industrie und Handel leiden an zu geringem Absatz und Umsatz. Vieles muß unter Verlustpreisen verkauft werden. Außerordentlicher Geldmangel, der überall lähmend wirkt, herrscht hier wie auch bei der Landwirtschaft, die gleichfalls unter starkem Preisdruck für ihre Erzeugnisse steht. Jeder Unternehmer, der voll arbeiten kann, ist noch gut daran u. ebenso die bei ihm Beschäftigten. Die Kreise der Selbstbedienten und der Arbeiter, leiden unter Abbau, Entlassungen, Stilllegungen, Kurzarbeit. Durch die Inflation sind die Rentnerfamilien, die Alten und Witwen nach arbeitsreichem Leben ruiniert. Das Problem der deutschen Wirtschaftspolitik kann es nur bleiben, die unerträglichste Not der breitesten Schichten zu verhindern, und unter solch schwierigen Verhältnissen einen erträglichen Durchschnittpunkt von Existenzbedingungen zu schaffen, wobei einfach kein Stand sich einer besonderen Hilfe erfreuen kann.

Unter diesem Gesichtspunkt ist auch der Beschluß der Mehrheit der Hauptausschüsse des Reichswirtschaftsrats zu verstehen, daß der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Agrarzölle „unter Berücksichtigung der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Reichs zu wählen“ ist, ein Beschluß, der eine Verlagerung der Schutzollvorlagen bis auf weiteres befürwortet, auch davon ausgehend, daß augenblicklich alles zu vermeiden ist, was Anlaß zu weiterer Verteuerung und Erschwerung der Lebenshaltung bieten kann. In Amerika ist übrigens infolge der unsicheren Ernteausichten eine Getreidehauftee zu verzeichnen, die bei weiterer Entwicklung die Frage des Getreidezolles nicht so dringend machen dürfte.

Noch eine andere Angelegenheit, bei der es sich freilich um nichts anderes handelt, als um Recht und Gerechtigkeit, die ja die Grundlagen, das Fundament jedes Staatswesens sind, verfällt hoffentlich nur vorläu-

ufig, der Verlagerung. Der zur Behandlung der Aufwertungsfrage eingesetzte besondere Ausschuss des Reichstags hat die Vernehmung der Sachverständigen und Interessenten beendet. Er wird jetzt die Vorschläge der einzelnen Reichstagsfraktionen, welche diese über die komplizierte Materie eingereicht haben, durchberaten, mit denen sich übrigens gleichzeitig auch die Reichsregierung — nach Lage der Dinge deren verschiedene Ressorts — beschäftigen wird. Endgültiges freilich wird sich erst zeigen und beschließen lassen, wenn die Londoner Konferenz ein Ergebnis hat. Vorerst sind ja der Wirtschaftspolitik des Reichs in dieser Frage, wie auch in fast allen anderen Wirtschaftspragen, die Hände völlig gebunden. Eine Neuregelung der Aufwertungsfrage — das darf dabei nicht vergessen werden — hat zur Vorbedingung, daß unsere deutsche Wirtschaft und Finanzlage gründliche Ansätze zur Besserung aufweist. Sie kann, das haben wohl die bisherigen Verhandlungen der Reichstagskommission ergeben, nur unter dem Gesichtspunkt in die Wege geleitet werden, daß eine höhere Aufwertung dort einzutreten hat, wo der Schuldner dazu in der Lage ist, daß sie dort unterbleiben muß, wo die Spekulation lachender Nutznießer wäre.

Eine gewisse Besserung ist in der Kreditfrage zu verzeichnen. In der letzten Zentralauschussitzung der Reichsbank konnte Reichsbankpräsident Schacht mitteilen, daß die Situation auf dem Geldmarkt sich gebessert habe, was auch in der Steigerung der Einlagen bei den Banken zum Ausdruck komme. Wenn die Reichsbank auch grundsätzlich an der bisherigen Politik der Kreditbeschränkung festhalten müsse, so könne sie jetzt doch in Einzelfällen mehr entgegenkommen. Die sonst schwer unterzubringenden täglichen Gelder, deren starker Zustrom bekanntlich eine Erhöhung der Bankzinsen zur Folge hatte, sollen der Landwirtschaft als Kredite zugute kommen. Bei zwingendem Bedarf wird die Reichsbank den in Frage kommenden Zentralinstituten landwirtschaftliche Wechsel revidieren und lombardieren. Ferner soll der Lombardkredit erleichtert werden. Die Reichsbank will den Kreis der beleihungsfähigen Papiere durch Einbeziehung der auf Schwere basierenden Anleihen erweitern und dadurch langfristige Kapitalanlagen begünstigen. Darlehen können auf 6 bis 8 Wochen auf der Grundlage von 40 Proz. des amtlichen Kurswertes gewährt werden. Der Warenlombard soll jedoch vorerst keine Erweiterung erfahren und eine Mitteilung des Zentralverbandes des deutschen Großhandels wird dementiert. Weiterhin werden die Reichsbankanstalten hier größte Zurückhaltung üben. Der Ausweis der Reichsbank zeigt übrigens wieder eine Verbesserung. Auch ihr Goldvorrat ist weiter, auf 478,1 Millionen gestiegen.

Eine kleine Besserung den bisherigen Handelsbilanzen gegenüber weist zum erstenmal in diesem Jahre auch die deutsche Handelsbilanz für Juni auf. Die Einfuhr ist zurückgegangen, gleichzeitig hat allerdings auch die Ausfuhr eine (jedoch geringe) Abnahme zu verzeichnen. Es ist aber immerhin der Einfluß der Einfuhr, der im Mai 354 Millionen Goldmark betrug, auf 278 Millionen zurückgegangen. Leider ist die Fertigwareneinfuhr nicht zurückgegangen, sondern (in Walzwerferzeugnissen und Eisenwaren) gestiegen.

In den Fragen des deutschen Außenhandels sind Fortschritte zu verzeichnen: Ein Handelsvertrag mit Spanien ist, freilich unter Opfern für den deutschen Weinbau mit vorläufiger Wirkung vom 1. August ab zustande gekommen, dabei ist aber das wichtige Ziel erreicht, daß Spanien den Valutazollaufschlag endlich abgibt, der die deutsche Einfuhr aufs schwerste geschädigt hat. Außerdem erhalten eine erhebliche Reihe deutscher Waren Zollermäßigungen. Nach Beilegung des deutsch-russischen Konflikts steht ferner dem Zugangkommen der deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen nichts mehr im Wege. Ein deutsch-litauischer Handelsvertrag liegt zurzeit dem Rowner Parlament zur Ratifizierung vor.

Besonders könnte der deutsche Außenhandel auch dadurch gefördert werden, daß die hohen Frachttarife Ermäßigung finden, wie das jetzt der deutsche Außenhandelsverband wiederum fordert, eine Forderung, die namentlich für unsere badische Industrie große Bedeutung hat, sowie auch durch Ermäßigung der Umsatzsteuer, für die neuerdings auch der Reichswirtschaftsrat (auf 1½ Prozent) eingetreten ist.

Einigung über die Sanktionsfrage in London

Der erste Teil des französischen Vorschlags angenommen. Der erste Ausschuss der Londoner Konferenz hat Donnerstag dem ersten Teil des letzten französischen Vorschlags einstimmig zugestimmt.

Mit dem Beschluß des ersten Komitees ist eine Einigung über die Sanktionsfrage herbeigeführt, durch welche die Feststellung einer etwaigen Nichterfüllung durch Deutschland äußerst erschwert ist und die Bewegungsfreiheit der Alliierten erheblich beschränkt wird und zwar wesentlich über den ersten Entwurf, den die Bankiers beanstandeten, hinaus. Der neue Entwurf wird der Vollkonferenz vorgelegt werden und dann erstens von den Deutschen und zweitens von den Bankiers zu prüfen sein. Viel wichtiger erscheint das Schicksal des zweiten Teils des französischen Memorandums, nämlich das Verfahren für eine etwaige Abänderung des Damesplans, das von der Juristenkommission geprüft wird, sowie die Einrichtung des Schiedsverfahrens für Streitigkeiten über Sachleistungen und ganz besonders das von französischer Seite vorgeschlagene Schiedsverfahren für Differenzen bezüglich der Tätigkeit des eminenten wichtigen Überweisungsausschusses. Diese Fragen liegen zurzeit noch dem dritten Ausschuss vor, der dadurch eine äußerst wichtige Aufgabe bekam. Inwieweit das Abkommen des 1. Ausschusses wirksam wird, ist von dem erfolgreichen Abschluß der Arbeiten der dritten Kommission abhängig. Deutscherseits wird man dem zweiten Teil des französischen Vorschlags nicht zustimmen können, ebenso wenig wohl auch auf Seiten der Engländer und Amerikaner.

Nach dem Beschluß der ersten Kommission soll die Reparationskommission über jeden Antrag auf Feststellung einer Nichterfüllung einer Verpflichtung aus dem Friedensvertrag entscheiden. Falls eine solche auf Verwerfung oder auf Annahme des Antrages auf Feststellung der Nichterfüllung nur mit Stimmenmehrheit gefällt wird, ist jedes Mitglied der Reparationskommission, das an der Abstimmung teilgenommen hat, berechtigt, innerhalb einer Frist von 8 Tagen nach der Sitzung, in der die Entscheidung gefällt wurde, Berufung einzulegen, bei einem Schiedsgericht, das aus drei Mitgliedern besteht und dessen Entscheidung endgültig ist. Die Mitglieder dieses Schiedsgerichts werden auf 5 Jahre ernannt und zwar sollen sie unabhängige und unparteiliche Personen sein. Diese Ernennung erfolgt entweder durch einstimmigen Beschluß der Reparationskommission oder, wenn Einstimmigkeit nicht zu erzielen ist, durch den jeweiligen Vorsitzenden des Schiedsgerichts im Haag. Der Vorsitzende der Kommission muß ein amerikanischer Bürger sein.

Paris, 1. Aug. Der von der Ersten Kommission der Londoner Konferenz angenommene Text, der zu der Formel vom 19. Juli über die Verfehlungen und Sanktionen hinzugefügt wird, lautet nach dem Berichterstatter des „Petit Parisien“ wie folgt:

Es ist Sache der Nepto, über alle Anträge auf Feststellung einer Verfehlung gegen irgend eine der vorgesehenen Verpflichtungen Beschluß zu fassen, sei es, daß es sich um den auf die Reparationen bezüglichen Teil des Friedensvertrages handelt, wie er am 10. Januar 1920 in Kraft getreten und in der Form entsprechend dem § 22 des Anh. 2 abgeändert wurde, sei es, daß die Verfehlung sich gegen den Sachverständigenbericht vom 9. April 1924 richtet. Wenn infolgedessen aber der Beschluß der Nepto, der den Antrag abweist oder ihn Folge gibt, mit einer bloßen Mehrheit zustandekommt, so kann jedes Mitglied, das an der Abstimmung teilgenommen hat, binnen acht Tagen nach dem Beschluß an eine schiedsgerichtliche Kommission appellieren, bestehend aus drei Mitgliedern, deren Entscheidung keine weitere Berufung zuläßt. Die Mitglieder dieses schiedsgerichtlichen Komitees werden auf fünf Jahre ernannt und als unabhängige und unparteiliche Persönlichkeiten entweder von der Nepto selbst einstimmig, oder, falls eine derartige Einstimmigkeit nicht erzielt wird, von dem Vorsitzenden des internationalen Schiedsgerichts im Haag gewählt. Der Vorsitzende der dreigliedrigen Kommission soll amerikanischer Staatsbürger sein. Wahlen werden auf die gleiche Art wie die erstmalige Ernennungen geregelt werden.

Die Transferfrage

Paris, 1. August. Wie der Sonderberichterstatter der Navasagentur heute vormittag 9 Uhr berichtet, konnte die Dritte Kommission, die den größten Teil der Nacht getagt hat, sich nicht über die Transferfrage gemäß dem Kompromißvorschlag der französischen Delegierten einigen. Die Kommission tritt um 11 Uhr wieder zusammen.

London, 1. Aug. Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge setzte die Dritte Kommission, die ununterbrochen den ganzen Tag gearbeitet hatte, ihre Tätigkeit bis in später Nachtstunden fort. Schließlich schlug der belgische Delegierte Gutt eine Kompromißformel über die Transferfrage und die Sachleistungen vor, die von einem besonderen Redaktionsausschuss behandelt worden ist. Die Sachverständigen beabsichtigen, die ganze Nacht die Arbeiten fortzusetzen, um eine Lösung zu finden, die die gestern von der Ersten Kommission erzielten Vereinbarungen und das bisherige Ergebnis der Arbeiten der Dritten Kommission nicht gefährdet.

W.A. Paris, 1. Aug. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ schreibt: Wenn man nur unsere Konzeptionen in Bezug auf die Reparationen annimmt, dagegen nichts von unseren Forderungen hinsichtlich der Sachlieferungen und Transferrierung wissen will, dann — so hat man mir in prophetischem Ton gesagt — wird man Herriot von einer neuen Seite kennen lernen. Der Sonderberichterstatter des Quotidien, der Herriot nahelegt, sagt, daß Macdonald es für gut befinden habe, daß die französische Delegation nunmehr die Methode des Schiedspruchs in der Reparationsfrage einführe.

Die Räumungsfrage

W.A. London, 31. Juli. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, das Hauptinteresse der gestrigen informellen Besprechungen der Konferenz habe sich auf den französisch-belgischen Plan bezogen, die militärische Räumung des Ruhrgebietes bezogen. Hiermit werde die Frage der Laufzeit der Besetzungskrisen überhaupt aufgerollt. Die französische These sei bis gestern gewesen, daß diese Fristen noch nicht zu laufen begonnen hätten, da es Deutschland unterlassen habe, den Versailler Vertrag auszuführen. Die britische These sei, daß die Fristen von Anfang an zu laufen begonnen hätten. Abgesehen davon, daß die Belgier eine Kompromißformel aufgestellt, welche besagt, daß Deutschland seine vertraglichen Verpflichtungen teilweise erfüllt, so daß die Unterbrechung der Laufzeit der Besetzungskrisen vom Januar 1923 an datieren würde, wo Deutschland als im Verzug befindlich erklärt worden sei. Hiermit wird ermöglicht, die Besetzung, wenn sie von den Alliierten für notwendig oder wünschenswert gehalten werde, um 18 Monate bzw. 2 Jahre über die im Friedensvertrag festgesetzte Grenze hinaus auszudehnen. Es sei möglich, daß hier ein Kompromiß gefunden und von den Deutschen angenommen werde. Bisher sind die letzteren auch mißtrauisch sein und fürchten, daß dies ein Vorwand für ähnliche Verlängerung der Fristen in anderen Gebieten als dem Kölner Gebiet sei.

Der Vertrag müßte aber die Deutschen in diesem Zusammenhang beruhigen, denn er besagt, daß eine einmal geräumte Zone nicht wieder besetzt werden dürfe, außer, wenn Deutschland von der Repko für in Verzug geraten erklärt werde.

W.A. London, 1. Aug. Zu dem französisch-belgischen Beschluß, die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes mit den Reparationszahlungen zu verbinden, schreibt die „Times“, daß in diesem Punkt gestern nichts Neues erfolgt sei. Sicher sei, daß diese Frage nach Ankunft der Deutschen in London in einer anderen Form aufgeworfen werde. Der erwähnte Beschluß sei nichts anderes als eine Modifizierung des Krüsseler Beschlusses vom März 1923, die Räumung des Ruhrgebietes von den deutschen Zahlungen abhängig zu machen. Es wurde auch in manchen Kreisen betont, daß der geforderte Preis für eine frühere Räumung von 1,5 Milliarden Goldmark so gut wie sicher außerhalb der Leistungsfähigkeit Deutschlands liege, so daß der Beschluß nichts anderes bedeute, als die Fortsetzung der Ruhrbesetzung für weitere zwei Jahre.

Heute Einladung an Deutschland?

W.A. Paris, 1. Aug. Der Sonderberichterstatter von „Havas“ in London glaubt voraussetzen zu können, daß heute die Einladung an die deutsche Regierung zur Beteiligung an der alliierten Konferenz ergehen werde. Dieser Beschluß werde nach seiner Ansicht in der Sitzung gefaßt werden, die heute vormittag 10.30 Uhr die Führer der Delegationen in der Downingstreet abhalten. In London nehme man an, daß die deutschen Delegierten am Montag zu Verhandlungen bereit sein werden.

Staatssekretär Hughes in Paris

W.A. Paris, 1. Aug. Der „Matin“ berichtet, daß Staatssekretär Hughes mehrere Unterredungen mit Millerand und Poincaré gehabt habe. Namentlich Millerand habe mit dem amerikanischen Staatssekretär nie mehr offen gesprochen, und das Wort Reparationen sei sicher des Öftern gebraucht worden. Der Staatssekretär habe versucht, sich darüber zu unterrichten, wie in dieser Frage der Standpunkt Frankreichs sei. Abgesehen davon er nicht verheimlicht, daß die Frage der französischen Sicherheit in hohem Maße die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten beschäftige.

Politische Neuigkeiten

Das neue Nicom-Abkommen

In Düsseldorf wurde am Donnerstag von der Sechserkommission und der Nicom das bisherige Abkommen mit folgenden Änderungen verlängert:

1. Das neue Abkommen gilt bis zu dem Zeitpunkt, der für den Beginn der Tätigkeit des im Sachverständigenrat vorgesehenen Reparationszahlungsagenten bestimmt werden wird. Inzwischen kann die Sechserkommission vom 15. August ab den Vertrag mit fünfjähriger Frist kündigen.
2. Die Ein- und Ausfuhrabgaben, sowie die Zu- und Abfuhrgebühren, die im Juli in Kraft waren, werden vom 1. August ab auf die Hälfte herabgesetzt.
3. Die laufende Kohlensteuer wird vom 1. August ab auf 0,25 Mark ermäßigt.
4. Um den Abgabenschwierigkeiten, unter denen die Zechen im Monat Juli zu leiden hatten, Rechnung zu tragen, wird die Kohlensteuer für diesen Monat auf 0,50 Mark ermäßigt.

Der neue Nicomvertrag ist noch mehr als das letzte Abkommen auf das baldige Inkrafttreten des im Dawes-Gutachten vorgesehenen neuen Reparationsregimes abgestellt. Man weiß, daß die Verlängerung des Vertrages für den Monat Juli nur durch ermöglicht wurde, daß die Reichsregierung einen wesentlichen Teil der Lasten der Industrie auf ihre Schultern übernahm. Nach den Erklärungen, die die beteiligte Industrie vor den jetzt abgeschlossenen Verhandlungen abgegeben hat, daß sie nämlich aus eigenem Vermögen nicht mehr zur Finanzierung weiterer Leistungen imstande sei, darf wohl geschlossen werden, daß die Reichsregierung auch für die neue Vertragsperiode mit einer finanziellen Zusage eingeprengt ist, wenn sie auch geringer sein mag, als für Juli.

Kommunistenunruhen in Stuttgart

Das Polizeipräsidium in Stuttgart hat Klafale für die rote Kampfwoche beschlagnahmt, in denen zum Eintritt in die roten Kampftruppen und zum Kampf für die proletarische Revolution aufgefordert wird. Wegen Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat sind drei Funktionäre der kommunistischen Jugend vorläufig festgenommen worden. Da aus dem in der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ vom 29. und 30. Juli enthaltenen Einladungen zu der für den 31. Juli abends im Gewerkschaftshaus vorgesehenen Versammlung der kommunistischen Jugend hervorgeht, daß die beabsichtigte Aussprache auf denselben Ton gestimmt sein soll, wie die auf dem Parteitag der kommunistischen Jugend und bei einzelnen Funktionären der kommunistischen Jugendorganisation beschlagnahmten Klafale wurde die Versammlung verboten.

Da die gleichen Gründe auch für jede andere Versammlung der kommunistischen Jugend während der roten Kampfwoche fortbestehen, wurde das Verbot auf alle von der kommunistischen Jugend allein oder in Verbindung mit anderen Organisationen bis einschließlich 4. August beabsichtigten Versammlungen ausgedehnt.

General Reinhardt hat, wie die „Voss. Zeitung“ aus Stuttgart berichtet, allen zum Wehrkreiskommando gehörigen Reichswehrtruppenteilen die weitere Beteiligung an den sogenannten Bauertagen, die in der letzten Zeit namentlich in Württemberg ziemlich überhand genommen und bei den politisch links stehenden Parteien große Erregung hervorgerufen hatten, untersagt.

Der Links- u. Rechtsradikalismus in Preußen

In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des „Berliner Tageblatt“ erklärte der preussische Minister des Innern über den jetzigen Stand der linksradikalen und rechtsradikalen Bewegung: Die Funktionärversammlungen der Kommunisten sind schlecht besucht. Es herrscht Unzufriedenheit und die Aktivität fehlt. Die kommunistische Partei ist in ihrer Mitgliederzahl sehr geschwächt. Die Gefährlichkeit der kommunistischen Terrorverbände ist jedoch die gleiche geblieben. Es besteht sogar die Gefahr, daß die Terroraktivität sich noch steigert. Größere politische Bedeutung hat sie jedoch nicht. Den Kommunisten steht offenbar viel Geld zur Verfügung, das anscheinend nicht aus Inlandsquellen stammt. Zusammenfassend erklärte der Minister, daß die kommunistische Partei keine Massenbewegung mehr ist. Nur unter dem verstärkten Druck wirtschaftlicher Not könne sie vorübergehend erstarren.

Aber die Vorgänge in der rechtsradikalen Bewegung äußerte sich der Minister u. a. wie folgt: Die rechtsradikale Bewegung ist auch in Preußen zweifellos im Rückzug begriffen. Die Ursachen sind zunächst materieller Art. Ferner sind Zerwürfungen bei den Rechtsradikalen vielfach bemerkbar. Das Reichsbanner schwarz-rot-gold übt eine starke Gegenwirkung aus, das jetzt schon über eine Million Mitglieder zählt. Im Ganzen konstatierte der Minister eine im Interesse der Staatsgewalt und im Interesse der ruhigen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung erfreuliche Schwächung der radikalen politischen Elemente von links und rechts.

Verurteilte Landesverräter. Vom Straßentat des Oberlandesgerichts in Stuttgart wurden der Sattler Fort zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, der Gerette bei der Reichswehr Straß zu 4 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust und der Gelegenheitsarbeiter Niedinger zu 1 Jahr 8 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust wegen Verrats militärischer Geheimnisse verurteilt. Die Verurteilten hatten einer französischen Nachrichtenstelle wichtiges militärisches Material aus Deutschland übermittelt.

Die Kosten des Hitlerputsches. Auf eine Anfrage über die dem bayerischen Staat anlässlich des Hitlerputsches entstandenen Kosten teilt das bayerische Finanzministerium mit, daß durch die Alarmierung und Verwendung der Landespolizei und sonstiger Polizei an dem Putschtage dem bayerischen Staat Kosten in Höhe von 108 698 Goldmark entstanden sind. Die Kosten der Alarmierung und Verwendung der Reichswehr sind nach Auffassung der Regierung vom Reich zu tragen.

Die bayerische Landtag beriet über die Anmeldeanträge der Sozialdemokraten, des Volkslichen Blocks und der Kommunisten. Der bayerische Abgeordnete Roth verlangte, daß die Teilnehmer an den November-Veranstaltungen amnestiert würden, zumal bereits eine Reihe Interpellationen begnadigt worden seien. Bei der Rede des kommunistischen Abg. Schloffer kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Sozialisten und Kommunisten. Der sozialistische Redner erklärte, die Sozialdemokraten würden niemals zulassen, daß die russischen Emigranten, welche die Arbeiter von einem Putsch in den anderen besten, begnadigt würden. Hierauf wurden die Anträge abgelehnt.

Kurze Nachrichten

Novelle zum Reichspressgesetz. Dem Reichstag ist ein demokratischer Antrag zugegangen betr. eine Novelle zum Reichspressgesetz, wonach dem § 8 folgende Bestimmung angefügt werden soll. Als verantwortlicher Redakteur periodischer Druckschriften dürfen nicht Personen bezeichnet werden, die dem Reichstag oder Landtag angehören.

Reichswehr und 3. August. Der Reichswehrminister ordnete an, daß am 3. August Soldaten lediglich an den von Behörden geleiteten Feiern teilnehmen sollen. Dasselbe gilt auch für den 11. August.

3. August im besetzten Gebiet. Die britische Besatzungsbehörde genehmigte, daß am 3. 8. zum ehrenden Andenken an die Gefallenen auf allen öffentlichen und privaten Gebäuden die deutschen Reichsfarben schwarz-rot-gold geißt werden sollen. Verboden sind dagegen die Farben schwarz-weiß-rot. Die französische Besatzungsmacht untersagt dagegen das Flagen am 3. August.

Kündigung des Lohnabkommens im Ruhrgebiet. Der Zechenverband richtete, wie aus Essen gemeldet wird, an die vier Bergarbeiterverbände folgendes Schreiben: Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen am 28. Juli über die Lohnregelung auf den südlichen Randgebieten kündigt der Zechenverband hiermit die zurzeit gültige Lohnordnung für Ende August 1924.

Der Abau von Scheidemann und Leinert. Wie das „B. Z.“ hört, haben die Regierungspräsidenten von Kassel und Hannover die Beschlüsse über den Abau der sozialdemokratischen Oberbürgermeister Scheidemann und Leinert beanstandet, weil entgegen der Abauordnung vor dem Beschluß die Betroffenen nicht gehört wurden. Die Gemeindeverordnungen werden nunmehr über die Angelegenheit erneut Beschluß fassen.

Generalkonsul Glive verläßt Bayern. Der englische Generalkonsul in Bayern, Glive, der durch seine Inspektionsreise nach der Pfalz während der Separatistenherrschaft im vorigen September bekannt geworden ist, wird München verlassen, um nach Tanger zu gehen. Sein Nachfolger soll aus Athen kommen.

Oberamtmann Frid aus dem Dienst entlassen. Wegen den Wehlfen Böhmers beim Hitlerputsch, Oberamtmann Frid, der jetzt Reichstagsabgeordneter ist, hat, wie aus München gemeldet wird, die Disziplinarkammer auf Dienstentlassung erkannt. Frid wird ebenso wie Böhmer das Ruhegehalt um ein Zwanzigstel gekürzt.

Zum 10. Todestag der Ermordung Jaurès, hat im Trocadero zu Paris eine Feier stattgefunden, zu welcher mehrere sozialistische Parteien des Auslandes Vertreter entsandt hatten. Der Reichstagsabgeordnete Löbe überbrachte der Versammlung in deutscher Sprache den Gruß der deutschen Sozialdemokratie.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Fortsetzung der Eratberatung
Nachmittags-Sitzung
DZ. Karlsruhe, 31. Juli

Die Tribüne ist gut besetzt. Zu Titel Landwirtschaft und Ernährung

sind noch sieben Redner gemeldet. Abg. Gähler (Komm.) empfiehlt einen Antrag, durch eine Umlage auf den Großgrundbesitz die Summe von fünf Millionen Mark aufzubringen, die zum landwirtschaftlichen Kleinbetrieb verwendet werden sollen. An die Stelle der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung müsse die Gemein- und Kleinwirtschaft treten, sonst kämen die Massen aus dem Elend nicht heraus.

Abg. Rüfert (Soz.) erklärt sich nochmals gegen den Schutzantrag des Landbundes, erhebt aber auch Bedenken gegen den heute früh eingebrachten Zentrumsantrag auf Schutz der heimischen Produktion, überhaupt nicht nur der landwirtschaftlichen. Der Antrag sei auch unter außenpolitischen Gesichtspunkten von ungeheurer Tragweite, zumal wir jetzt in die Ära der Handelsbeziehungen mit dem Ausland eintreten. Wir halten deshalb die Kommissionsberatung für erforderlich. Die Debatte der letzten zwei Tage befährt uns in dem Glauben, daß die Landwirtschaftspflege bei der bisherigen Regelung am Besten aufgehoben ist. Den kommunistischen Propagandantag zugunsten der Kleinbauern halten wir für praktisch undurchführbar.

Abg. Dr. Matthes (D. Vpt.) führt nochmals die Gründe an, die für seinen Antrag auf Neuorganisation der Landwirtschaftspflege sprächen.

Abg. Dr. Hummel (Dem.) lehnt es bei den verwickelten weltwirtschaftlichen Verhältnissen ab, die Frage so zu stellen: Entweder Zollschutz oder Freihandel! Der Landbündelantrag läßt die Rücksichtnahme auf die anderen Erwerbsstände vernachlässigen, während der Zentrumsantrag einen weiten Spielraum in der Auffassung über das Maß, wie weit zu gehen sei, gewährt. Der größere Teil meiner Freunde wird für diesen Antrag stimmen.

Abg. Duffner (Ztr.) führt aus, daß es ihm schon schwer falle, die 40000 M. Staatszuschuß an die Landwirtschaftskammer zu bewilligen. Ganz und gar nicht könne man dem Antrag Dr. Matthes zustimmen. Die landwirtschaftlichen Belange seien dem Ministerium gut aufgehoben. In unserem Antrag betr. den Schutz von Landwirtschaft und Industrie sehen wir einen gewissen Ausgleich. Die Bälle dürfen aber keineswegs zu einem Profitmittel werden. Der Schwerpunkt in der Zollfrage liegt natürlich bei Reichsregierung und Reichstag.

Abg. Fischer-Meisenheim (Landbund) hält es für ausgeschlossen, daß in Baden weiterhin noch Tabak gebaut wird, wenn nicht der Tabakzoll allmählich wieder die alte Höhe erreicht.

Abg. Bod (Komm.) unterstreicht aufs neue die Argumente gegen den Schutzzoll. Damit ist die Weidnerliste erschöpft.

Der Staatszuschuß an die Landwirtschaftskammer wird bewilligt. Ohne Debatte passieren die Ausgabepositionen: Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg und Landwirtschaftliche Beratung.

Die Landwirtschaftsschule Hochburg gibt dem Abg. Nidel (Ztr.) Anlaß zu Klagen über dort herrschende Mißstände; er wird darin unterstützt vom Abg. Durr (Landbund).

Ministerialdirektor Leers gibt Aufschluß über die Schritte der Regierung.

Abg. Dr. Matthes (D. Vpt.) vermahnt sich dagegen, daß man hier im Parlament Dingen eine Behandlung zuteil werden läßt, deren Bedeutung in keinem Verhältnis zur Sache steht. Der Rest des Titels VIII wird ohne Debatte erledigt.

Die Entschädigung Dr. Matthes, die Regierung möge Vorschläge über die Reform der Landwirtschaftspflege machen, wird mit großer Mehrheit abgelehnt, der Antrag Seubert (Ztr.) betr. Schutz der badischen Brennrechte angenommen.

Annahme findet sodann der Antrag Dr. Schofer (Ztr.) auf Zollschutz der gesamten heimischen Produktion, womit der Landbündelantrag erledigt ist.

Angenommen werden schließlich die Landbündelanträge betr. Erhöhung des Tabakzolls, betr. Genehmigung des Verfahrens der Landwirtschaftskammer zur Hebung der Milchproduktion und betr. Aufhebung der Reichs-Milchbeordnung.

Der kommunistische Antrag zugunsten der Kleinbauern wird abgelehnt.

Ohne Debatte passieren Titel XIV — Bearbeitung der Landesstatistik — und Titel XV — Fürsorgeanstalten für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte —.

Eine größere Zahl von Rednern hat sich zu Titel XVI Gemeinnützige Anstalten gemeldet.

Die Abg. Frau Fischer-Karlsruhe (Soz.) kommt auf das ungeheure Elend im Gefolge der Tuberkulose zu sprechen. Ein erschütterndes Bild böten die Berichte der Schulärzte. Die Tuberkulose ist ein gut Teil Schuld an diesem Unglück, indem sie eine ausreichende Ernährung verhindere. Ein weiterer schwerwiegender Grund sei die Wohnungsverhältnisse der Gefahr, daß die Suche nach weiterem Wohnraum sich stellt sich eine planmäßige Tuberkulosebekämpfung und damit der weitere Ausbau der Fürsorgeanstalten als ein dringendes Bedürfnis heraus. Die Rednerin bittet, dem sozialdemokratischen Antrag auf beträchtliche Erhöhung des Beitrages an den Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose Folge zu geben.

Abg. Duffner (Ztr.) beschäftigt sich mit den Möglichkeiten zur Hebung der Leistungsfähigkeit der Sparbanken.

Abg. Kaufsch (Soz.) setzt sich für die Beibehaltung der Beratungsstellen für Geschlechtskranke ein und unterstützt nachdrücklich die Ausführungen seiner Kollegin Fischer. Er regt an, zu prüfen, ob nicht bei den Irrenanstalten Mittel eingespart und für die Bekämpfung der Volksleiden verwendet werden können.

In einem Antrag des Abg. Ritter (Komm.) auf Abbruch der Sitzung knüpft sich eine kurze, heftige Geschäftsordnungsdebatte mit dem Ergebnis, daß die Mehrheit die Fortsetzung der Sitzung beschließt.

Gegen 18 Uhr nimmt die Abg. Frau Straub (Dem.) das Wort, um sich gleichfalls der Kräfte der Armen anzuschließen und den in der Anstaltspflege tätigen Ordensschwefeln, Konvikten usw. herzlichsten Dank abzusprechen.

Abg. Frau Bernas (D. Vpt.) wünscht aufklärende Arbeit über die Aufgaben der Anstalten.

Abg. Wittemann (Ztr.) begründet einen Antrag auf Erhöhung des Beitrages an den Bad. Verkehrsverband von 1500 auf 5000 M.

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen, wogegen Abg. Bod protestiert, da seine Partei noch einen Antrag zu begründen habe.

Es entspinnt sich wiederum eine kurze Geschäftsordnungsdebatte. Die Mehrheit ist damit einverstanden, daß ein

Kommunistischer Redner das Wort erhält, um dem Vorwand einer Vergewaltigung zu begegnen.
Abg. Ritter begründet darauf einen Antrag zugunsten der „Noten Hilfe“. Man habe Sammlungen unterlegt und andererseits Sammelgelder beschlagnahmt, obwohl die „Noten Hilfe“ gemeinnützige Zwecke verfolgte.
Da es bereits 8 Uhr ist, verlassen die Presseberichterstatter ihre Plätze.

34. Sitzung

DZ Karlsruhe, den 1. Aug. 1924.

Die Beratung des Vorantrags des Innern wurde gestern Abend noch zu Ende geführt bei Ablehnung der Anträge auf Einstellung einer Million für die „Noten Hilfe“ und Erhöhung des Beitrages an den Bad. Verkehrsverband sowie Annahme folgender Anträge:

1. zu prüfen, ob im Nachtrag weitere Mittel zur Tuberkulosebekämpfung bereitgestellt werden können;
2. die staatliche Hilfe auf sämtliche vom Hochwasser geschädigten Gemeinden ausdehnen und
3. eine ausreichende Altersversorgung der Hebammen in die Wege zu leiten.

In der heutigen

Vormittagsitzung

erledigte das Haus zunächst den Antrag Bod, Albieß und Gen. zur Behebung der katastrophalen Wohnungsnot.

Verichterstatter Dr. Glöckner empfahl den Ausschussantrag, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Stadt Lörrach zum Ankauf eines unvollendeten Dienstwohngebäudes der Eisenbahnverwaltung ein Darlehen unter der Voraussetzung gewährt wird, daß einige Wohnungen für Staatsbeamte frei gemacht werden.

Abg. Bod (Komm.) hätte gewünscht, daß die gleiche Praxis auch gegenüber anderen Gemeinden geübt wird, die sich in ähnlicher Lage wie Lörrach befinden. Er hält seinen ursprünglichen Antrag aufrecht.

Abg. Maier-Seidelberg (Soz.) erklärte sich aus grundsätzlichen Erwägungen dagegen, daß der Einzelfall Lörrach zu einer Sonderregelung auf dem Gebiete des Wohnungswesens benutzt werde.

Der Ausschussantrag wurde darauf bei Stimmenthaltung der Kommunisten angenommen.

Es folgte die Beratung des

Vorantrags des Justizministeriums.

Abg. Marum (Soz.) erstattete Bericht über den Gang der Verhandlungen im Haushaltsausschuß. Von den 3000 Beamten im Bereiche der Justizverwaltung sind 450, also genau 15 Prozent abgebaut worden. Die Einrichtung der Justizstellen hat sich bewährt.

Die Aussprache eröffnete der Zentrumsabg. Rieger. Er lenkte den Blick auf die Not von Gesetzen in den letzten 10 Jahren als Folge der unruhigen Zeiten. Daher auch die Unsicherheit in der Rechtsprechung, auf deren Wesen. Der Abgeordnete nach einem Hinweis auf das Verantwortungsdilemma des Justizministers näher ein. Für den Richter gebe es keine Öffentlichkeit, keine Presse, keine Klasse und Strafe; für ihn sei lediglich das Gewissen maßgebend. Der Minister-Redner hat die Gerechtigkeit allerdings einen schweren Schlag verfehlt. In der Bayerischen Volkspartei beginne man dies einzusehen. Auch der Fiedlerbach-Prozess bedürfe einer Klärung. Man könne die Münchner Urteile der Volksgerichte aber nicht verallgemeinern und Schlüsse ziehen auf die deutsche bzw. badische Rechtsprechung. Die beständige Kritik ausgeübten freisprechenden Urteile gegen Nationalsozialisten hält der Redner nach dem Studium der Begründungen für einwandfrei. Er beantragte in diesem Zusammenhang gewisse kritische Bemerkungen des Innenministers Remmele in einer Rede zu Seidelberg und ging dann auf Einzelfragen ein. Er sprach von einer bevorstehenden Überleitung der Amtsgerichte. Die Befestigung der Senate des Oberlandesgerichts mit nur drei Richtern würde nachteilig auf die Gründlichkeit des Verfahrens. Sie könnten wieder mit fünf Richtern besetzt werden, ohne daß ein neuer Beamter eingestellt würde. Der Einzelrichter entspreche nicht dem Volksempfinden. Man wünscht die Wiederkehr des früheren Schöffengerichts. Eine glückliche Lösung sei das Schwurgericht in seiner heutigen Zusammensetzung von drei Berufs- und sechs Laienrichtern, die sämtlich über Schulfrage und Strafmaß zu entscheiden haben. Hierdurch würde der Möglichkeit von Fehlprüchen ein Riegel vorgeschoben. Begriffsverwirrung wäre eine einschneidende Auffassung der Rechtsprechung in der Aufwertungsfrage. Im Interesse der Landbevölkerung tut man gut, bei den Gerichten Stellen nicht abzubauen. Man hätte auch das Amtsgericht Waldbrunn beibehalten sollen.

Die Zentrumsfraktion werde sich geschlossen dafür einsetzen, daß das Grundbuch dort bleibt, wo es jetzt ist; auf dem Lande. Überaus wichtig hält der Redner die Entscheidung des Richters in Fragen der Fürsorgeerziehung. Er sollte, da er mit dem Schicksal des Kindes innerlich verbunden ist, auch den Vollzug überwachen. Die Familienziehung sei immer der Anstaltsfürsorge vorzuziehen. Aber wie schwer hält es, geeignete Familien zu finden. Die Justiz, so schloß der Redner, gebe stets den Maßstab dafür ab, ob ein Staatswesen gesund oder krank ist. Nichts wir deshalb unser besonderes Augenmerk auf sie.

Abg. Dr. Kullmann (Soz.) wies darauf hin, daß die Justizverwaltung auf die Rechtsprechung nicht den Einfluß habe, der ihr oft von der öffentlichen Meinung zugeschrieben werde. Die Rechtsprechung sei nicht populär, sie werde immer Angriffen ausgesetzt sein. Es werde über die Weltfremdheit der Richter geklagt wie auch über die Langsamkeit der Rechtsprechung. Nach dieser Richtung könne die Justizverwaltung noch manches tun. Arbeitslust und Arbeitsfreude würden vor allem durch eine angemessene Befoldung aller Gruppen gehoben. Die mittleren Justizbeamten sollten eine größere Selbständigkeit in einem erweiterten Arbeitsgebiet erhalten. Es sei zu beklagen, daß sie ihre Kenntnisse nicht entsprechend verwenden können. Die Dinge hätten sich so entwickelt, daß in der Rechtsprechung ein Wiederaufbau nötig fällt. Der Richter müsse die öffentliche Kritik vertagen können, da Jura auch bei ihm menschlich ist. Vom Richter zu verlangen, daß er als Diener des Staates auch dessen Interessen wahr, bedeute keine Beschränkung seiner Unabhängigkeit. Er dürfe z. B. nicht kalt an das Gesetz zum Schutze der Republik herantreten, sondern müsse es in dem Geiste anwenden, in dem es vom Gesetzgeber erlassen worden sei. Das ungeheure Strafmaß gegen den Sekretär Glöckner, Fiedlerbach, würdigte der Redner als einen Akt der Rache und des Hasses. Hier könne nur Nemezis eintreten. Durch eine gesunde Krise im Rechtsleben des Volkes, wie wir sie beispielsweise in der Dreifuß-Affäre konstatieren konnten.

Bezeichnend sei die politische Rabidität mancher, selbst hochgestellter Richter. Der Redner forderte eine offizielle sachgemäße Berichterstattung über Gerichtsverhandlungen. Obgleich betachtet mußte das Karlsruhe freisprechende Urteil gegen 15 Nationalisten Fremden auslösen. Es sei nur zu verstehen aus der Gleichgültigkeit der Richter gegenüber politischen Dingen. In diesem Zusammenhang betonte der Redner auf das Programm des Republikanischen Richterbundes. Er sprach dann von Ergebnissen der arbeitsrechtlichen Rechtsprechung, über welche die Arbeiter den Kopf

schütteln müßten. Nur eine offene Aussprache von beiden Seiten könne hier Abhilfe schaffen. Angriffe gegen die badische Justiz in dieser Richtung seien erfreulicherweise nicht am Platze. Die Stellung der Sozialdemokratie zum Abtreibungsparagrafen will nicht heißen, daß auch gewissenlose Lohnabtreiber straflos auskämen. Prinzipiell halte die Partei an der Unentgeltlichkeit der Rechtspflege fest. Im übrigen wendet sich der Redner gegen den Mißbrauch des Armenrechts. Wir werden dem Justizetat, der Notcharakter trägt, zustimmen, obwohl die Einschränkungen angesichts der Bedeutung der Rechtspflege kaum verantwortet werden können.

Abg. Remmele (Soz.) wandte sich gegen die Bemerkungen des Abg. Rieger in Bezug auf seine Heidelberger Rede. Es habe sich um eine geschlossene Wahlkreisversammlung gehandelt und brauche nicht zu reifizieren. Die Kritik geschah nicht im Sinne eines Herunternehmens, sondern im Sinne einer Warnung, auf die Erregungszustände des Volkes gewisse Rücksichten zu nehmen. Es gibt gewisse Dinge im Leben, die den Menschen zum Handeln zwingen, um Schlimmeres zu verhüten.

Abg. Hagin (Landbund) möchte an Stelle des Einzelrichters wieder das Laiengericht eingeführt wissen, das allein Vertrauen im Volke genieße. Er bittet dann, der Gemeinde Waldbrunn wieder sein Amtsgericht zu geben, da der Geschäftsumfang dies verlange. Der Redner fragte schließlich nach dem finanziellen Effekt der Aufhebung der Notariats Schlingen bei Waldbrunn.

Gegen 1 Uhr wurde die Weiterberatung auf nachm. 3 1/2 Uhr vertagt.

Über die Ausführungen des Innenministers Remmele in der gestrigen Vormittagsitzung zum Kapitel Polizei und Gendarmerie ist noch nachzutragen:

Was die „Erziehungsarbeit“ an Polizei und Gendarmerie betrifft, von der Abg. Bod sprach, so möchte ich darauf folgendes erwidern: Gendarmerie, Einzel- und Gruppenpolizei, sowie die Kriminalbeamten haben einen sehr schweren Dienst, viel schwerer als es in der Vergangenheit der Fall war. Sie müssen heute ihren Dienst unter Entbehren ihres Lebens, unter Aufopferung an Zeit und Gehalt versehen, daß man sich nur wundern muß, daß es in solcher Weise geschieht. Wenn ihnen nun fortwährend das Schlechteste nachgesagt wird, was einem Menschen nachgesagt werden kann, und Einzelentlohnungen von der „Arbeiterzeitung“ fortwährend verallgemeinert werden, so ist die logische Folgerung, daß sich die Beamten in einer verbitterten Stimmung befinden, die, wenn einmal etwas vorkommt, bewirken kann, daß sich die Unterhaltung nicht mehr in der wünschenswerten ruhigen Weise vollzieht. Bis jetzt haben alle Untersuchungen in der Regel damit geendet, daß man in der Darstellung solcher Vorkommnisse bei Feststellungen und Hausvisitationen sehr, sehr stark übertrieben hat.

Anträge

Eingegangen ist ein von allen anderen Parteien mitunterzeichneter Antrag Bod (Komm.) des Inhalts: Die Regierung wird ersucht, zur Behebung der katastrophalen Wohnungsnot der Gemeinden, denen Gelegenheit geboten ist, unvollendete Wohnbauten günstig zu erwerben und fertigzustellen (wie es zurzeit der Stadt Lörrach durch Übernahme eines durch die Eisenbahnverwaltung errichteten großen Wohnbaues möglich ist) eine entsprechende finanzielle Unterstützung angedeihen zu lassen.

Die Gedenkfeier für die Kriegsoffer

Um die Mittagsstunde des 3. August soll in ganz Deutschland und überall, wo Deutsche wohnen, unserer Toten des Weltkrieges und der gewaltigen Opfer, die das deutsche Volk in all seinen Schichten gebracht hat, gedacht werden.

Die Feier, die die badische Regierung am Sonntag morgen in der Festhalle veranstaltet, soll in schlichter, würdig-ernster Form diesen Gefühlen des Dankes und der Berehrung Ausdruck verleihen. Mit dem Redner der Gedenkfeier, Schriftsteller Dr. Walter Bloem, wurde eine Persönlichkeit gewonnen die selbst von Kriegsbeginn an im Feld stand und der die großen Geschehnisse dieser Zeit zum tiefen seelischen Erlebnis wurden. Die Feier wird unrahmt sein von dem Charakter der Feier entsprechenden, musikalischen Darbietungen der Vereinigung badischer Polizeimusiker. Zu der Feier, zu der der Eintritt unentgeltlich ist, sind alle Kreise der Karlsruher Einwohnerschaft geladen.

Die Mißstände im badisch-schweizerischen Grenzverkehr

Unter dieser Überschrift brachte die „Frankfurter Zeitung“ in Nr. 566 (2. Morgenblatt vom Donnerstag, den 31. Juli 1924) einen Artikel ihres Karlsruher Mitarbeiters in dem in scharfer Ton darüber Beschwerde geführt wird, daß die Stadt Freiburg noch nicht in den kleinen Grenzverkehr einbezogen sei, die unnötige Hemmung und Erwidmung des Verkehrs mit dem Schweizer Nachbarland werde von Privaten wie von Handel und Wirtschaft bitter vermerkt. Bis her sei aber kein Fortschritt in dieser Richtung d. h. in der Einbeziehung Freiburgs in den kleinen Grenzverkehr zu verspüren. Gegenüber diesen Behauptungen, sei zunächst festzustellen, daß der ganze Amtsbezirk Freiburg einschließlich der Stadt bereits seit dem 10. Juli dieses Jahres in den kleinen Grenzverkehr mit der Schweiz einbezogen ist. Diese Erweiterung des kleinen Grenzverkehrs wurde seinerzeit in der Presse amtlich bekanntgegeben und wohl von allen badischen Zeitungen veröffentlicht. Mit dieser Feststellung entfallen alle Angriffe, die der Karlsruher Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ in dieser Sache gegen die badische Regierung richtet.

Es muß zum mindesten betremden, daß der Mitarbeiter eines so angesehenen Blattes, wie die „Frankfurter Zeitung“ berart schlecht über eine Frage unterrichtet ist, die wenige Wochen vorher in fast der gesamten Presse des Landes behandelt wurde. Ist ihm diese Veröffentlichung entgangen, so hätte man erwarten können, daß er, ehe er diese Frage anschnidet und einen so scharfen Angriff gegen die Regierung richtet, sich vergewissert hätte, ob die Behauptungen, auf die er seine Beschwerde stützt, auch zutreffend sind.

Aus dem badischen Grenzland

Die am Sonntag, den 27. d. Mts. in Hochhausen und Königheim stattgefundenen Versammlungen der Saatzuchtanstalt der badischen Landwirtschaftskammer über die Förderung des abfränkischen Luzernesamenbaues und den genossenschaftlichen Zusammenschluß, nahmen einen außerordentlich günstigen Verlauf. Die Beteiligung von nah und fern war eine sehr befriedigende. Der Referent, Saatzuchtspektor Rieber-Kastatt, begründete in leicht verständlicher Weise die sofortige Inangriffnahme der diesbezüglichen Arbeit. Kein Landwirt dürfe zurückbleiben, wenn es gilt, die früher so beliebte abfränkische Luzerne vor anderen minderwertigen und nicht geeigneten auswärtigen Herkünften zu schützen. Auch in diesen Gemeinden kam deutlich zum Ausdruck, daß die Saatzuchtanstalt der badischen Landwirtschaftskammer die Instanz ist, die sich mit der Lösung dieser Frage am besten befaßt. Am kommenden Samstag und Sonntag finden weitere Versammlungen in den Gemeinden Klepsau, Krautheim und Gommersdorf statt, bei welchen Herr Landwirtschaftsrat Fuß-Kastatt sprechen wird.

Kommunale Rundschauf

Städtebaufragen im Karlsruher Bürgerausschuß

Der Karlsruher Bürgerausschuß bewilligte am gestrigen Donnerstag mehrere große Bauvorlagen. Zunächst wurde die seit 20 Jahren unklare Frage der Bebauung des Ettlinger Torplatzes dadurch abgeschlossen, daß die neuen Baulinien nach dem Entwurf von Prof. Billing einstimmig genehmigt wurden. Dem Bürgerausschuß lag eine von Bürgermeister Schneider verfasste reich illustrierte Broschüre über diese Frage vor, ferner waren auch die Pläne in großen Tafeln im Saale ausgehängt. Die Billing'sche Lösung sieht einen von der Kriegsstraße durchschnittenen großen Bieredplatz vor, in den außer der Ettlingerstraße von Südwesten und Osten her zwei Diagonalkorridore, die Vetterheimer Allee und die Neue Wilhelmstraße (Verlängerung der Wilhelmstraße über das Gelände des alten Bahnhofes) einmünden. Auch der Platz an der Ausstellungshalle und am Konzerthaus wird durch die neue Baulinienfestsetzung architektonisch ausgestaltet. Am Ettlinger Tor sollen später längst geplante monumentale Verwaltungsgebäude erbaut werden. Bürgermeister Schneider teilte mit, daß ein Generalbebauungsplan der Stadt bald aufgestellt werden soll, was das innere Stadtgebiet anlangt, noch dieses Jahr.

Weiter genehmigte der Bürgerausschuß mit Stimmenmehrheit die Erbauung eines neuen Feuerhauses gegenüber dem Gebäude der kath. Oberstiftungsanstalt auf dem der Stadt gehörigen Gelände Ecke Ritter- und Kathysstraße. Der Gebäudekomplex enthält auch 32 Wohnungen für die Familien der Feuerwehrmänner. Die Stelle ist übrigens gleichfalls von Prof. Billing im Anschluß an den neuen Baulinienplan für den Ettlinger Torplatz vorgeschlagen. Die Kosten für die Feuerwache werden 540 000 Mark, die für die Wohnbauten 318 000 Mark betragen. Bürgermeister Schneider hob die günstige Lage des neuen Feuerhauses hervor, das im Mittelpunkt alles dessen liege, was durch die Feuerwehr zu betreiben sei. Dadurch, daß, wie vorgesehen, die Wohnungen der Feuerwehrleute dicht bei der Wache sind, könne eine Verdoppelung des Feuerdruckes erzielt werden. Eine Verstärkung des Feuerdruckes kann in späteren Zeiten durch Ersetzung von Nebenfeuerhäusern im Westen und Osten erreicht werden. Die Feuerwache ist kein störender Betrieb, es herrscht im Gebäude vollkommene Ruhe, man kann im Tag höchstens mit einer einzigen Ausfahrt des Löschzuges rechnen.

Die Summe von 858 000 Mark zur Förderung des Wohnungsbaues wurde auf 1 250 000 Mark erhöht. Davon sollen nach einem Antrag der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Deutschnationalen, der zur Annahme gelangt, 100 000 Mark für die Wiederinstandsetzung von Gebäuden als Darlehen an bedürftige Hausbesitzer unter noch festzusetzenden Bedingungen zur Verfügung gestellt werden.

Eine Reihe von Grundstücksverkäufen, darunter die Vorlage betr. Ankauf der ehemaligen Viktoriaschule für 125 000 M., wurden teils mit Stimmenmehrheit, teils einstimmig genehmigt. Eine Vorlage, nach deren erstem Teil der Preis der Fahrsteinhöhe der Straßenbahn bis 2 Teilstrecken von 1 M. auf 1,20 M. erhöht werden soll, wird abgelehnt, dagegen der zweite Teil angenommen, wonach in den Stellenplan des Straßenbahnbaues für 1924 weitere 73 Fahrbetriebsstellen in Vertragsverhältnis aufzunehmen sind. Es ist ferner das bisherige 10-Minutenverkehrs der 8-Minutenverkehr auf den Stadtbahnen vorgeesehen.

Der Verkehrsverein Freiburg, der nach einstimmigen Beschluß künftig den Namen Verkehrsverein für den Schwarzwald in Freiburg i. Br. führen wird, hielt am Montag seine diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kaufmann Hermann Pfender, erstattete den Jahresbericht. Der Verein will auf eine größere Berücksichtigung der verkehrspolitischen Fragen des badischen Oberlandes hinarbeiten und vor allem angesichts der bahnpolitischen Bestrebungen zur Umleitung und Hebung des Fremdenverkehrs konsequenter der westlich und südlich angrenzender Nachbarländer alles tun, um in unserer Südwestecke einen tadellosten Durchgangsverkehr zu schaffen. Aus dem Bericht ging hervor, welche gewaltige Schädigung unserem Ost-Westverkehr durch die Befestigung Offenburgs erwachsen ist, wogegen die seit der Wiederaufnahme des Offenburg Verkehrs in erfreulichem Maße zu beobachtende Hebung des Nord-Südverkehrs kein volles Gegengewicht bildet. Gesuche und Eingaben behandelten u. a.: die Fortsetzung der Elzalbahn nach Hausach zur besseren Verbindung nach Stuttgart, Eingaben wegen des Bahnhofsbaues in Freiburg, Zugverbindungsverbesserungen usw. An speziellen Freiburger Angelegenheiten wäre ferner noch u. a. zu erwähnen: die Gründung der Weinbörse, Anträge für die Verschönerung der Waldanlagen und Spazierwege in der nächsten Umgebung der Stadt, Anregung einer Abhaltung einer landwirtschaftlichen Herbstwoche mit Trachten, der Herausgabe eines neuen, künstlerisch ausgestalteten Führers, für die Errichtung eines Radiosenders, der Befreiung des Verkehrs durch Abschaffung der Fremdensteuer, der Einführung des kleinen Grenzverkehrs usw. Des weiteren ist aus dem Bericht zu ersehen, daß sich der Verkehrsverein zur Schaffung eines größeren Aktionsradius mit dem Verein der Schwarzwälder Gasthofbesitzer zwecks gemeinsamen Wirkens für den ganzen Schwarzwald zu einer solidarischen Interessengemeinschaft zusammengeschlossen hat. Um den vielen kleineren und größeren verkehrspolitischen Fragen, von denen nur die Frage einer Schwanenlandbahn, eines Kurhauses und der Waldanlagen hervorzuheben werden soll, erfolgreich näher treten zu können, wurde beschlossen, eine breitere Organisation des Vereins durch Erweiterung des Vorstandes, durch Schaffung eines Verwaltungsausschusses und eines Verwaltungsrates vorzuschlagen, was einstimmig genehmigt wurde.

In der Aussprache wurde u. a. beantragt, die Höhenverkehrs-Gesellschaft zu eruchen, an kulturhistorisch und kunst-

geschichtlich interessanten Stellen ihrer Reiserouten Haltepunkte einzulegen. Ein weiterer Antrag, sich auch im Bereiche des Verkehrsvereins für die Schulblüde von Versailles einzusetzen, wurde durch einmütiges Erheben von den Seiten gebilligt.

Aus der Landeshauptstadt

Vorsicht beim Sammeln von Pilzen. Die Sammelzeit für Pilze ist wiederum gekommen. Die in den letzten Jahren beobachtete große Zahl von Pilzvergiftungen mahnt zur Vorsicht beim Einsammeln von Pilzen. Die meisten Unglücksfälle sind nicht — wie vielfach irrtümlich angenommen wird — auf den Genuß verdorbener, sondern giftiger Pilze zurückzuführen, die nicht auf Märkten gekauft, sondern von unkundigen Personen gesucht worden sind. Es kann nicht dringend genug gewarnt werden vor dem Einsammeln und dem Genuß von Pilzen, die dem Sammler nicht sicher als unschädlich bekannt sind. Ganz irrig ist die leider noch immer weitverbreitete Anschauung, daß es allgemein gültige Erkennungszeichen für essbare oder giftige Pilze gäbe, wie Milchsaft, flebrige Beschaffenheit des Hutcs, Braunfärbung eines in das Pilzgericht eingetauchten silbernen Löffels, Verfärbung einer mitgelochten Zwiebel. Allein die genaue Kenntnis der besonderen Merkmale der einzelnen essbaren und giftigen Pilze schützt vor schädlichen Folgen. Zur Verbreitung solcher Kenntnis hat das Reichsgesundheitsamt die wichtigsten essbaren und die wichtigsten schädlichen Pilze in einem Pilzmerkblatt zusammengestellt, das eine Reihe von Zeichnungen und eine Tafel mit 34 farbigen Abbildungen enthält. Das jetzt in neuer, erweiterter Ausgabe im Verlage von Julius Springer-Berlin W 9, Linienstraße 23/24, erscheinende wohlfeile Pilzmerkblatt kann von dort oder im Wege des Buchhandels bezogen werden. Namentlich sind darin auch die Erkennungsmerkmale der Knollenblätterpilze, der gefährlichsten aller Giftpilze, angegeben, und an farbigen Abbildungen erläutert. Auch sind diesen Pilzarten die ihnen ähnlichen essbaren Pilze gegenübergestellt.

Städt. Konzerthaus. Heute Freitag, abends 8 Uhr, findet die letzte Wiederholung der erfolgreichen Motofoto-Singspiels „Des Königs Nachbarin“ von Leon Jessel statt. — Morgen Samstag ist die Erstaufführung der Operettenneuheit „Madame Pompadour“ von Leo Fall. Wie bereits bekanntgegeben, ist es der Direction gelungen, die Sängerin Fritzi Arco vom Metropoltheater Berlin für einige Gastspiele zu gewinnen. Das erste Gastspiel beginnt Samstag. Leiter der Aufführung ist Direktor Steffter; die musikalische Leitung hat Kapellmeister Mühl.

Kurze Nachrichten aus Baden

W.D. Mannheim, 1. August. Die vor einigen Monaten hier neugegründete „Mannheimer Rundschau“ hat ab 1. August ihr Erscheinen vorläufig eingestellt.

DZ. Forstheim, 31. Juli. Musikdirektor Hermann Sonnet konnte dieser Tage sein 25jähriges Komponistenjubiläum feiern. Schon mit 18 Jahren hat er sich erfolgreich als Komponist versucht. Seine Kompositionen, hauptsächlich Männerchöre, haben weite Verbreitung gefunden.

DZ. Gaggenau, 31. Juli. Heute früh gegen 8 Uhr wurde von dem Schleusenwärter des Bergmännischen Kanals Hochwasser gemeldet. Das Wasser überflutete die Schuttmauer

des Kanals und drang in mächtigen Massen gegen das Benzwerk und die angrenzenden Häuser vor. Durch sofortiges Öffnen der Hauptschleuse beim Elektrizitätswerk wurde größerer Schaden verhindert.

DZ. Freiburg, 31. Juli. Das Badische Weinbauinstitut in Freiburg ist nun in die neugegründeten Räume im Peterhof an der Wertholdstraße umgezogen, wo es seine Tätigkeit am 1. August aufnimmt.

DZ. Singen a. S., 29. Juli. Den Höhepunkt der diesjährigen Spiele auf dem Hohentwiel bildete die gestrige Abendaufführung von Shakespeares Lustspiel „Der Widerspenstigen Zähmung“, wozu sich eine bedeutende Zuschauermenge aus Einwohnern und Fremden versammelt hatten. Die Aufführung des Ensemble des badischen Landesbühnenvereins war eine gute Leistung, die lebhaften Anklang fand. Im Anschluß an die Aufführung fand eine Beleuchtung der Hohentwielruine statt, die ein eindrucksvolles Schauspiel bot. In tiefer Nacht tauchte der Koloss der gewaltigen Ruine in magischem Lichte auf, überstrahlt von unzähligen Laternen und Leuchtkörpern. Für den 10. oder 11. August ist eine Wiederholung der Hohentwielbeleuchtung ebenfalls wieder im Anschluß an die vorgezeichnete Abendaufführung geplant.

DZ. Weersburg, 31. Juli. Die Universität Erlangen sammelt gegenwärtig einen Mauthner-Fonds, dessen Mittel dazu verwendet werden sollen, das Haus, in welchem der große Kritiker und Philosoph seine letzten Lebensjahre vollbrachte, als Fritz Mauthner-Museum der Nachwelt zu sichern.

DZ. Widdach, 31. Juli. Auf den Herausgeber der „Widdacher Zeitung“, G. Fröhlich, und den in seiner Begleitung befindlichen Schauspieler Mattinger, wurde nachts ein Überfall verübt. Sie wurden auf dem Heimweg von zwei jungen Leuten überfallen und derart mißhandelt, daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Die Täter sind unbekannt.

DZ. Schramberg, 31. Juli. Am 30. und 31. August d. J. wird der württembergische Schwarzwaldberein seine diesjährige Hauptversammlung in Schramberg abhalten. Die Tagung wird mit der Einweihung des Gedächtnishauses für die im Weltkrieg Gefallenen auf dem Föhrenbühl verbunden sein.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	1. August		31. Juli	
	Belb	Brief	Belb	Brief
Amsterdam 100 G.	160.05	160.85	160.10	160.90
Kopenhagen 100 Kr.	67.43	67.77	67.53	67.87
Italien . . . 100 L.	18.10	18.20	18.10	18.20
London . . . 1 Pf.	18.465	18.545	18.44	18.53
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.175	21.275	20.95	21.05
Schweiz . . . 100 Fr.	77.26	78.14	77.61	77.99
Wien 100 000 Kr.	5.92	5.94	5.90	5.92
Prag . . . 100 Kr.	12.38	12.44	12.40	12.46

Notierung über 100 Prozent

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbesetzungsstelle vom 29. Juli d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 94 sh, bezw. für ein Gramm Feingold 36,2660 pence.

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Wandelgelder und als wertbeständige Effekten sind zugelassen:

Letzter Kurs: (in Billionen Mark)

5% Badische Kohlenwert-Anleihe	ca.	10
6% Mannheimer Höhewert-Anleihe	ca.	10,25
5% Rhein-Main-Donau-Gold-Anleihe	ca.	2,12
7% Neckarwerke-Goldanleihe	ca.	—
5% Preussische Kali-Anleihe pro 100 kg	ca.	2,5
5% Sächsische Muggen-Anleihe pro Btr.	ca.	3,1
5% Sächsische Festwertbank-Oblig.	ca.	1,45
Dollarfahranweisungen des Deutschen Reichs ca. 82,25 Pr. d. J.	ca.	—
Golbanleihe d. Deutschen Reiches	ca.	4,2

Ausfuhrfreiheit für Hülsenfrüchte und Futtermittel. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat sich den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen die Vollstellen ermächtigen lassen, bis auf weiteres die Ausfuhr von Buchweizen, Hülsenfrüchten aller Art, Futtermitteln, Wasser- und sonstigen Feldfrüchten, Möhren, Grünfutter, Heu aller Art, Melasse, Melassefütter, Rübensaft, Hornsaff, Düngemitteln, Abfällen der Stärkeherstellung, ausgeläuteten Schmitzeln von Zuckerrüben, Malztreibern und Malzkeimen ohne Bewilligung zuzulassen.

Vom Oberrhein. Der Nordost-schweizerische Verband für Schiffahrt Rhein-Oberrhein hielt am 27. Juli in Nordrach seine Jahresversammlung ab. Im Vordergrund der Beratungen stand die Frage der Bodenreparatur, welche neben der Schiffarmachung der Rheinflotte das Hauptanliegen der badischen Regierung nach dem Zusammenbruch des Reiches darstellt. Nach einem gemeinsamen Mittagsessen fuhr die Gesellschaft nach Rommershorn, wo unter dem Ehrenpräsidium des Nationalrats Müller, Rommershorn eine große Demonstrationssammlung zugunsten der Bodenreparatur abgehalten wurde. Dabei ging Ingenieur Meier-Schaffhausen näher auf das von ihm mit anderen Fachleuten ausgearbeitete neue Regulierungsprojekt ein, welches kürzlich auch in der Presse erörtert worden ist.

Spiritus für Motoren. Die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein gibt bis auf weiteres für motorische Zwecke vollständig vergällten Branntwein zum Preis von 20 Pf. pro Liter und Weingeist und gemäßigten Branntwein, sowie Benzol zum Preis von 25 Pf. pro Liter ab. Die Bezugsbedingungen sind bei der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein, Betriebsstellen Berlin 9, Schillingstraße 14/15, Abteilung Verkauf, anzufordern.

Staatsanzeiger

Der zwischen der abgeordneten Gemarlung Sommerhausen und der Gemeinde Oberebach, Amtsbezirk Billingen, abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinigung der abgeordneten Gemarlung mit der Gemeinde Oberebach wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 die städtische Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 30. Juli 1924.
Der Minister des Innern
Kemmelt

Gestorben:
Ordentlicher Professor Geh. Hofrat Dr. Franz Voll in Heidelberg.

Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung

Der verehrlichen Einwohnerschaft von Karlsruhe, insbesondere meiner geehrten Nachbarschaft, sowie meiner früheren Kundschaft zur gefl. Kenntnis, daß ich im Hause

Karl-Friedrichstr. 22 (Rondellplatz)
am Samstag, den 2. August ein Geschäft mit

Brot, Feingebäck
sowie
Konditoreiwaren

eröffnen werde. — Ich führe sämtliche in dieses Fach einschlägigen Artikel und werde bestrebt sein, meine Kundschaft mit nur erstklassiger Ware zu bedienen.

Philipp Scherle, Bäckermeister

Die zur Erhebung der

Gebäudesteuer

erforderlichen Vorbrude erscheinen in den nächsten Tagen und können von unseren Vordrucklagern Bombdorf und Bruchsal bezogen werden.

Badischer Kommunalverlag G. m. b. H.

Gesuch der „Kamag“ Karlsruher Maschinen- und Apparate-Fabrikgesellschaft m. b. H. um Erteilung der gewerbepolizeilichen Genehmigung zum Betrieb einer chemischen Fabrik in dem Fabrikgebäude in Eggenstein.

Die „Kamag“ Karlsruher Maschinen- und Apparate-Fabrikgesellschaft m. b. H. in Karlsruhe hat um Erteilung der gewerbepolizeilichen Genehmigung zum Betrieb einer chemischen Fabrik in dem bisher Würzburgerischen Fabrikgebäude in Eggenstein nachgesucht. Es soll darin die Fabrikation von Chlorbarium und Schwefelnatrium eingerichtet werden. § 162

Dies wird gemäß § 16 ff. der Gewerbeordnung zur öffentlichen Kenntnis gebracht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen gegen die Anlage binnen 14 Tagen von dem Erscheinen dieser Zeitung ab gerechnet bei dem Bezirksamt Karlsruhe oder beim Bürgermeistereiamt in Eggenstein vorzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als verjährt gelten.

Pläne und Beschreibungen liegen innerhalb der angegebenen Frist von 14 Tagen zur Einsicht beim Bezirksamt Karlsruhe, Zimmer 55, und beim Bürgermeistereiamt in Eggenstein offen.
Karlsruhe, den 29. Juli 1924. D. J. 92
Bezirksamt Abt. II.

GEDÄCHTNISFEIER

der Badischen Regierung

zu Ehren der im

WELTKRIEGE GEFALLENEN

Sonntag, den 3. August 1924

vormittags 1/2 12 Uhr im großen Festhallsaal unter Mitwirkung der Vereinigung badischer Polizeimusiker (Leitung: Obermusikmeister Heisig)*

VORTRAGSFOLGE

1. Siegfrieds Tod und Trauermarsch aus der Götterdämmerung Richard Wagner
2. Festansprache: Schriftsteller Dr. WALTER BLOEM
3. Niederländisches Dankgebet Valerius

Die gesamte Bevölkerung der Landeshauptstadt Karlsruhe wird zur Teilnahme an der Feier eingeladen.

Eintritt unentgeltlich Saalöffnung 11 Uhr

Das Staatsministerium

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Metallbetten

Stahlmatt., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suß (Zür.)

Zwangsvorsteigerung

Im Wege der Zwangsversteigerung sollen die in Malsch belegenen, im Grundbuch von Malsch zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Karl Werfel, Installateur in Malsch, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am Mittwoch, den 24. September 1924, nachmittags 2 Uhr, durch das unterzeichnete Notariat im Rathaus zu Malsch versteigert werden.

Beschreibung der zu versteigernden Grundstücke:

Grundbuch von Malsch Band 26, Heft 35, Bestandsverzeichnis I.

1. Bfd. Nr. 2, Lsg. Nr. 473: 4 a 87 qm Hofraite, Giovanni Ortsetter. Auf der Hofraite steht ein zweistöckiges Wohnhaus mit gewölbtem Keller, ein Seitenbau mit Scheuer und Stallung. Schätzung G.-M. 17 000.

2. Bfd. Nr. 4, Lsg. Nr. 473/2: 8 a 04 qm Hausgarten, Giovanni Ortsetter. Schätzung G.-M. 2000. Grundbuch Malsch Band 1, Heft 30.

3. Bfd. Nr. 9, Lsg. Nr. 473/1: 2 a 30 qm Hofraite, Giovanni Ortsetter. Auf der Hofraite steht ein querstehendes Fabrikgebäude. Schätzung G.-M. 10 000. Zusammen G.-M. 29 000.

Auf dem Grundstück ist noch Zubehör, bestehend im wesentlichen in Motoren und Maschinen mit zusammen G.-M. 12 980. Somit Schätzung der Grundstücke mit Zubehör G.-M. 41 980.

Schätzung der Grundstücke ohne Zubehör G.-M. 29 000.

Ettlingen, 26. Juli 1924.
Bad. Notariat Ettlingen 1.